



## **Forum Sozialpolitischer Forschung**

Veranstaltung der Sektion Sozialpolitik  
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

virtueller DGS-Kongress 2020, 18.09.2020

Organisation: Sigrid Betzelt, HWR Berlin / Thilo Fehmel, HTWK Leipzig /  
Stefanie Pawlak, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das regelmäßig von der Sektion Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie veranstaltete Forum Sozialpolitischer Forschung bietet die Gelegenheit, laufende Forschungen und aktuelle Forschungsergebnisse im Bereich der sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikanalyse zu präsentieren. Die Veranstaltung auf dem DGS-Kongress 2020 bestand aus insgesamt neun Beiträgen. Die folgende Zusammenstellung enthält die Zusammenfassungen der Beiträge und verlinkt tlw. zu ausführlicheren Darstellungen.

Variationen kommunaler Sozialpolitik im Kontext von Flucht. Qualitative Forschungsergebnisse zur Arbeitsmarktaktivierung geflüchteter Frauen in Deutschland <i>Katrin Menke</i> .....	3
Erfolgreiche Armutsbekämpfung auf Kosten stärkerer Arbeitsmarktsegmentation? Transferleistungen für Erwerbstätige und ihre Wirkungen im internationalen Vergleich <i>Jan Brülle</i> .....	3
Aufstocker*innen im aktiverenden Sozialstaat - zur Wahrnehmung ihrer Lage und ihren Gerechtigkeitsvorstellungen <i>Sebastian Jürss</i> .....	4
Spannungsdynamiken in der beruflichen Rehabilitation – Erste Erfahrungen aus einem Förderprojekt zur beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe <i>Sebastian Ixmeier, Ann-Katrin Peters, Gero Scheiermann</i> .....	5
Der Einfluss von Selbständigkeit auf das Armutsrisiko älterer Menschen in Europa – Welche Rolle spielen Alterssicherungssysteme? <i>Julia Höppner</i> .....	6
Wie lässt sich die Inanspruchnahme sozialer Leistungen erhöhen? Begleitforschung zum Projekt „KIZplus“ <i>Deborah Jackwerth-Rice</i> .....	7
Die Rentenversicherung und die Wohnungsfrage – zum Entstehen und Verschwinden sozialpolitischer Handlungsfelder <i>Felix Wilke</i> .....	8
Medikalisierung & Psychologisierung in der deutschen Qualitätspresse – Der Diskurs zu Arbeitslosigkeit und Kindheit in FAZ & SZ <i>Stephan Krayter, Nadine Reibling</i> .....	9
Housing regimes and residualization of the subsidized rental sector in Europe 2005-2016 <i>Stefan Angel</i> .....	10

## **Variationen kommunaler Sozialpolitik im Kontext von Flucht. Qualitative Forschungsergebnisse zur Arbeitsmarktaktivierung geflüchteter Frauen in Deutschland**

Katrin Menke

Universität Duisburg-Essen

In Deutschland verbindet sich mit dem Paradigmenwechsel von „welfare“ zu „workfare“ spätestens seit der Jahrtausendwende die Zentralsetzung von Erwerbsarbeit als normalisierte Form individueller Existenzsicherung und Voraussetzung für gesellschaftliche Integration (vgl. Lessenich 2008). Zentrales (durchaus kritikwürdiges) sozialpolitisches Ziel ist die Her- bzw. Sicherstellung von möglichst vollzeit- orientierter Erwerbstätigkeit im Prinzip aller Erwerbsfähigen. Dies adressiert seit längerem nicht nur Langzeitarbeitslose oder Eltern, sondern inzwischen auch Geflüchtete (vgl. Bakoben et al. 2020, Schammann 2017). Wenn Integration in die Gesellschaft ohne Erwerbsteilhabe kaum mehr vorstellbar ist, avancieren auch Migrations- und Asylpolitik zu zentralen Sozialpolitikfeldern (vgl. Atac/Rosenberger 2019). Diese Adressierungen bleiben nicht folgenlos: Ohnehin bestehende Inkonsistenzen und Ambivalenzen sowohl zwischen als auch innerhalb der verschiedenen sozialstaatlichen Aktivierungspolitiken (früh bereits Bothfeld 2008) nehmen dadurch tendenziell zu bzw. verschärfen sich unter aufenthaltsrechtlichen Aspekten (vgl. Scherschel 2016).

Die Arbeitsmarktaktivierung geflüchteter Frauen ist hierfür ein Beispiel. Auf Basis qualitativer Forschungsergebnisse in (bislange) zwei westdeutschen Kommunen zeigt die Präsentation Variationen kommunaler Sozialpolitik im Kontext von Flucht auf. Die Fallstudien basieren auf Interviews mit geflüchteten Frauen sowie mit lokalen arbeitsmarktrelevanten Akteuren – Jobcenter, Ausländerbehörden, Ehrenamtliche, Wohlfahrtsverbände. Der empirische Vergleich zwischen sowie innerhalb der Kommunen macht deutlich, wie vor dem Hintergrund „symbolischer Gesetzgebungen“ (vgl. Schammann 2015: 169) und ambivalenter Policies auf nationalstaatlicher Ebene Handlungsspielräume im Lokalen entstehen. Auf diese Weise avancieren Kommunen nicht nur zu zentralen Akteuren der Arbeitsmarktaktivierung von Frauen mit Fluchthintergrund, sondern entscheiden zugleich über höhere oder geringere aufenthaltsrechtliche Chancen.

[Präsentation: Variationen kommunaler Sozialpolitik](#)

## **Erfolgreiche Armutsbekämpfung auf Kosten stärkerer Arbeitsmarktsegmentation? Transferleistungen für Erwerbstätige und ihre Wirkungen im internationalen Vergleich**

Jan Brülle

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Die klassischen Sozialversicherungssysteme vernachlässigen einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, der zwar von Armut bedroht ist, aber zumindest unregelmäßig arbeitet

(Bonoli 2005). Neuere Paradigmen der Aktivierung oder des Social Investments drohen dieses Problem noch zu verschärfen, da sie häufig mit einem Rückbau von passiven Transfers zugunsten von aktiven Maßnahmen einhergehen. Transferleistungen für Erwerbstätige (In-Work Benefits, IWB) zur Aufstockung niedriger Löhne stellen dabei einen potentiellen Mittelweg dar (e.g. Marchal, Marx und Verbist 2018): Diese Leistungen kombinieren die Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für Personen mit niedrigen Löhnen und erhöhen gleichzeitig die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit.

Solche Programme können jedoch ebenfalls unbeabsichtigte Folgen haben, indem sie eine Zone der Beschäftigung zwischen regulärer Beschäftigung und dem Bezug von Leistungen etablieren. Während also Leistungen für Erwerbstätige potenziell wirksam sind, um sowohl Beschäftigung zu fördern als auch das Einkommen bedürftiger Personen zu erhöhen, besteht die Gefahr, dass ein Segment instabiler oder schlecht bezahlter Arbeitsplätze geschaffen oder gefördert wird. Bisherige Studien sind dabei für eine Beurteilung von IWBs unzureichend, da sie sich meistens nur auf einzelne Länder konzentrieren und nicht-intendierte Effekte vernachlässigen.

Im Gegensatz dazu untersuche ich die Auswirkungen von IWBs auf Niedriglohnbeschäftigung und Armut trotz Erwerbstätigkeit in einer großen Anzahl von Ländern. Dabei wird die Analyse nicht auf klassische IWB wie die Tax Credit Programme in den USA und in Großbritannien beschränkt. Stattdessen verwende ich einen Indikator für die Großzügigkeit von Leistungen an Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen, der auch Sozialhilfeleistungen einschließt, die in vielen Ländern eine Aufstockung niedriger Löhne ermöglichen.

[Poster: Erfolgreiche Armutsbekämpfung auf Kosten stärkerer Arbeitsmarktsegmentation](#)

## **Aufstocker\*innen im aktivierenden Sozialstaat - zur Wahrnehmung ihrer Lage und ihren Gerechtigkeitsvorstellungen**

Sebastian Jürss

Universität Bremen

Im Zentrum der Präsentation stehen auf der Basis problemzentrierter Interviews (Witzel & Reiter 2012) untersuchte subjektive Deutungen der sozialen Lage der Aufstocker\*innen. In der Literatur werden die Aufstocker\*innen zumeist unter den Begriff „working poor“ (bspw. Lohmann 2018; Andreß & Lohmann 2008) subsumiert, da sie oftmals dicht an der Armutsgrenze leben und trotz Erwerbsarbeit hilfsbedürftig sind.

„Working poor“ ist der definitorisch weitere Begriff, da hierunter auch armutsgefährdete und arme Erwerbstätige ohne Hilfebezug fallen. Die Gleichzeitigkeit von Erwerbseinkommen und Leistungsbezug im Falle der Aufstocker\*innen dient in institutioneller Perspektive vor allem dazu, eine gewisse „Arbeitsmarktnähe“ und damit eine mögliche Überwindung der Hilfsbedürftigkeit zu erreichen und ist damit im gewissen Sinne politisch

wünschenswert (Bruckmeier et al. 2013, 2015). Inwiefern die Betroffenen ihre eigene Lage und das Spannungsverhältnis deuten, kann mit Hilfe der dokumentarischen Methode (bspw. Bohnsack 2010) herausgearbeitet werden.

Die problemzentrierten Interviews wurden im Kontext eines Forschungsprojekts zu Gerechtigkeitsvorstellungen von Aufstocker\*innen durchgeführt. Der Hilfebezug eröffnet dabei die analytische Perspektive auf die gesellschaftlichen (Um-)Verteilungsprinzipien und die damit verbundene Frage nach deren Legitimität aus Sicht der Aufstocker\*innen. Konzeptuell sind diese Deutungen als Wissensbestände zu verstehen, durch die alltäglichen Wahrnehmungs-, Interpretations- und Handlungsprozesse bestimmt sind (Bruns, 2019, 82) und die damit Handlungsleitungen und Orientierungen von Akteur\*innen rekonstruierbar machen (Bögelein & Vetter, 2019, 16). Teil der Deutungsmuster sozialer Ungleichheit sind dabei unter anderem die Gerechtigkeitsvorstellungen, gesamtgesellschaftlich wie auch subjektiv (bspw. Sachweh 2010). Ausgehend von den grundlegenden Gerechtigkeitsprinzipien Leistung, Bedarf und Gleichheit (hierzu grundlegend: Miller 1999) werden im übergreifenden Projekt die Gerechtigkeitsvorstellungen von Aufstocker\*innen in einer Kombination aus problemzentrierten Interviews, Gruppendiskussionen und Lab-in-the-Field Experimenten untersucht.

Für die Präsentation werde ich mich auf die Gerechtigkeitsvorstellungen, die sich ebenfalls mit Hilfe der Dokumentarischen Methode aus den Interviews rekonstruieren lassen (siehe Bruns, 2019), beziehen.

[Präsentation: AufstockerInnen im aktivierenden Sozialstaat](#)

## **Spannungsdynamiken in der beruflichen Rehabilitation – Erste Erfahrungen aus einem Förderprojekt zur beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe**

Sebastian Ixmeier, Ann-Katrin Peters, Gero Scheiermann

Universität Duisburg-Essen

Die gesellschaftliche Teilhabe von langzeitarbeitslosen Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen ist ein zentrales Ziel sozialpolitischer Anstrengungen. Als wichtiger Schlüssel dafür kann eine Arbeitsmarktintegration angesehen werden. Der Forschungsstand deutet jedoch darauf hin, dass die Chancen auf eine erfolgreiche Berufsausbildung dieser Zielgruppe gering sowie ein anschließender Übergang in den Arbeitsmarkt häufig problematisch sind. Auch staatliche Förderprogramme zur Beseitigung dieser strukturellen Benachteiligung können die Zielgruppe bislang nicht flächendeckend erreichen.

Um eine Verbesserung dieses sozialpolitischen Spannungsfeldes herbeizuführen, hat das BMAS mit dem Bundesprogramm „rehapro“ eine neue Förderinitiative auf den Weg gebracht. In diesem Kontext wurde Anfang 2020 das Modellprojekt „Essen.Pro.Teilhabe“ ins Leben gerufen. In ihm arbeiten verschiedene private und gemeinnützige Träger (u.a. Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter) unter der Leitung des Jobcenters Essen interdisziplinär

zusammen, um eine bestmögliche, ganzheitliche Betreuung der arbeitsmarktfernen Zielgruppe mit (drohenden) Rehabilitationsbedarf zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen kann dabei durchaus als Chance mit Blick auf ein gesteigertes Expertenwissen und der Ermöglichung einer vertrauensvollen sowie individuellen Begleitung angesehen werden. Auf der anderen Seite steht das potentielle Spannungsfeld einer Unvereinbarkeit verschiedener professioneller Bezugssysteme.

Im Rahmen einer gestaltungsorientierten wissenschaftlichen Begleitforschung des rehapro-Teilprojektes „Essen.Pro.Teilhabe“ durch die Universität Duisburg-Essen sollen theoriegeleitet die Veränderungen und damit einhergehenden Prozesse im Projekt wissenschaftlich begründet, entwickelt, reflektiert und in ihrer praktischen Erprobung ausgewertet werden. Das empirische Design sieht eine Triangulation aus quantitativen und qualitativen Daten vor. Dabei stehen u. a. folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Erfahrungen machen die Teilnehmenden sowie relevanten Stakeholder mit dem neuartigen Ansatz? Wie funktioniert die Zusammenarbeit?
- Welche Wirkungen erreichen die eingesetzten Instrumente?
- Welche Gelingensbedingungen tragen zu einer erfolgreichen Integration bei?

Im Rahmen eines Postervortrags soll das Forschungsvorhaben vorgestellt und erste Ergebnisse präsentiert werden.

[Poster: Spannungsdynamiken in der beruflichen Rehabilitation](#)

## **Der Einfluss von Selbständigkeit auf das Armutsrisiko älterer Menschen in Europa – Welche Rolle spielen Alterssicherungssysteme?**

Julia Höppner

Universität Kassel

Durch den Wandel des Arbeitsmarktes der vergangenen Jahrzehnte haben sich auch die Merkmale selbständiger Erwerbstätigkeit deutlich verändert. So hat die Zahl der Menschen zugenommen, die im Rahmen „hybrider“ Erwerbstätigkeit Selbständigkeit und abhängige Beschäftigung miteinander kombinieren oder mehrfach zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung wechseln. Darüber hinaus hat der Anteil an Solo-Selbständigen und Selbständigen in prekären Arbeitsverhältnissen zugenommen. Diese Entwicklungen sind für die betroffenen Personen in Hinblick auf ihre soziale Sicherung hoch problematisch, da in vielen europäischen Wohlfahrtsstaaten Selbständige nicht durch die regulären Alterssicherungssysteme abgesichert werden. Vor diesem Hintergrund hat die Forschungsliteratur wiederholt darauf hingewiesen, dass viele Selbständige und gerade Solo-Selbständige höheren Armutsrisiken im Alter ausgesetzt sind als Menschen in abhängiger Beschäftigung. Die existierende Forschung hat sich bisher vor allem mit den Armutsrisiken

von Menschen im erwerbsfähigen Alter und den künftigen Altersarmutsrisiken von Selbständigen auseinandergesetzt. Es gibt deswegen kaum vergleichende Forschung zum Einfluss von Selbständigkeit in der Erwerbskarriere auf das Armutsrisiko von Menschen, die das Rentenalter bereits erreicht haben. Darüber hinaus hat sich die Forschung bisher nicht der Frage gewidmet, welchen Einfluss die Alterssicherungssysteme für Selbständige in Europa auf das Armutsrisiko vormals Selbständiger im Rentenalter haben.

Das Paper will einen Beitrag leisten, um diese Forschungslücke zu schließen. Dazu wird der Einfluss der Dauer von Selbständigkeit in der Erwerbskarriere auf das Armutsrisiko von Menschen im Rentenalter in elf europäischen Wohlfahrtsstaaten untersucht. Dabei ist von Interesse, wie die verschiedenen Alterssicherungssysteme der untersuchten Länder das Armutsrisiko beeinflussen und welche Länderdifferenzen in diesem Zusammenhang existieren. Die Datengrundlage bilden die dritte und vierte Welle des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, wobei die Stichprobe aus Befragten ab einem Alter von 65 Jahren besteht. Für eine umfassende Analyse werden neben öffentlichen, betrieblichen und privaten Renten auch weitere Einkommensarten, bspw. aus Vermietung und Verpachtung, berücksichtigt.

### **Wie lässt sich die Inanspruchnahme sozialer Leistungen erhöhen? Begleitforschung zum Projekt „KIZplus“**

Deborah Jackwerth-Rice

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Obwohl Sozialleistungen das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung senken, werden sie nicht von allen Bezugsberechtigten in Anspruch genommen. Beim Kinderzuschlag, um den es hier vorrangig gehen soll, liegt die geschätzte Quote der Nichtinanspruchnahme bei rund 40-70 Prozent der Bezugsberechtigten (vgl. Bonin et al. 2018; Frick und Groh-Samberg 2007). Eine Erhöhung der Inanspruchnahme sozialer (Dienst-)Leistungen gestaltet sich in der Praxis oft schwierig, da leistungsberechtigte Nicht-Bezieher von Sozialleistungen meist unbekannt und die Gründe für die Nichtinanspruchnahme der Leistungen komplex sind. Van Oorschot (1991) verortet diese Gründe auf drei Ebenen: der Policy-Ebene, der administrativen Ebene und der individuellen Ebene.

Im Rahmen des hier vorgestellten Forschungsprojekts soll ein Feldexperiment durchgeführt werden, um zu ermitteln, wie die Inanspruchnahme von Sozialleistungen wie dem Kinderzuschlag wirksam gesteigert werden kann. Das Forschungsprojekt ist als Begleitforschung zum Projekt „KIZplus“ konzipiert, das von der PHOENIX Beschäftigung und Bildung e.G. ab Juni 2020 durchgeführt und vom BMAS im Rahmen des ESF-Modellprogramms „Akti(F) – Aktiv für Familien und ihre Kinder“ gefördert wird.

Die Begleitforschung zu KIZplus konzentriert sich auf die individuellen Gründe für die Nichtinanspruchnahme des Kinderzuschlags und deren Beseitigung. Dabei geht es vor allem um

die Frage, wie nicht-beziehende Leistungsberechtigte erreicht und die Vorteile des Kinderzuschlags wirksam vermittelt werden können. Dafür sollen die folgenden Bourdieu'schen Handlungsressourcen mobilisiert werden (vgl. Bourdieu 1986):

1. Die sozialen Netzwerke aktueller Bezieher\*innen des KIZ;
2. Die symbolische Legitimation von Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Jugendämter, Bürgerämter);
3. Kulturelle Übersetzungsleistungen und das Vermitteln von ‚Systemwissen‘.

Die Effektivität dieser Maßnahmen soll nicht nur anhand von Zahlen der beteiligten Familienkassen, sondern auch mittels eines Fragebogens überprüft werden. Außerdem sollen begleitende Interviews geführt werden. Auf dieser Grundlage sollen Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung abgeleitet werden, um so einen Beitrag zu einer nachhaltigen Sozialpolitik zu leisten, die generationenübergreifender Benachteiligung entgegenwirkt.

[Poster: Wie lässt sich die Inanspruchnahme sozialer Leistungen erhöhen](#)

## **Die Rentenversicherung und die Wohnungsfrage – zum Entstehen und Verschwinden sozialpolitischer Handlungsfelder**

Felix Wilke

Forschungsnetzwerk Alterssicherung, Deutsche Rentenversicherung Bund

In der sozialpolitischen Forschung ist das ehemalige Engagement der Rentenversicherung im Wohnungsbau nahezu in Vergessenheit geraten. Dabei eröffnet sich an dieser Stelle ein interessantes Untersuchungsfeld zum Entstehen und Verschwinden sozialpolitischer Institutionen. Der Beitrag verfolgt eine doppelte Zielstellung: es sollen Wissenslücken zur historischen Entwicklung des Sozialstaats geschlossen und gleichzeitig bestehende Theorien zur Entstehung und Institutionalisierung des Sozialstaats kritisch überprüft werden.

Ohne konkrete vorherige Planung beteiligte sich die gesetzliche Rentenversicherung bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1889 umfangreich an der Finanzierung von Wohnungen. Sie etablierte sich so als zentraler Akteur in der Wohnungsfrage. Die Investition von Geldern der (zunächst kapitalgedeckten) Rentenversicherung in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen versprach aus Sicht verschiedener Akteure einen erheblichen Zusatznutzen: vom Bau gesunder und preiswerter Wohnungen erhoffte man sich eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der dort lebenden Menschen und damit auch eine Entlastung der Invaliditätsfälle in der Rentenversicherung. Gleichzeitig stützte der Wohnungsbau die fragile Legitimität eines Kapitaldeckungsverfahrens ab, das Absicherung erst für eine ferne Zukunft versprach. Auf dieser Grundlage kam es bis zur Umstellung auf das Umlageverfahren zu einem massiven Ausbau des Engagements der Rentenversicherung im Wohnungsbau, das erst im Jahr 2004 mit dem Verkauf der GAGFAH endete.

Im Beitrag werden die Institutionalisierungsprozesse, die unterschiedlichen Akteure und deren Interessen sowie die sozialpolitischen Denkmuster im Zeitablauf rekonstruiert. Der Fokus wird auf die Phasen der Institutionalisierung (1889-1920er) und Deinstitutionalisierung (1957-1970er) gelegt. Zur Analyse werden eine Reihe von Primärquellen herangezogen. Dazu gehören Dokumente der Rentenversicherungsträger (insbesondere der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) Schriften der von der Rentenversicherung finanzierten Wohnungsbaugesellschaften (exemplarisch die GAGFAH) sowie Protokolle und Stellungnahmen zu politischen Reformmaßnahmen.

[Präsentation: Rentenversicherung und Wohnungsfrage](#)

### **Medikalisierung & Psychologisierung in der deutschen Qualitätspresse -- Der Diskurs zu Arbeitslosigkeit und Kindheit in FAZ & SZ**

Stephan Krayter, Nadine Reibling

Universität Siegen

Die Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen ist abhängig davon, was als soziales Problem verstanden wird und daher zu adressieren gilt. Die Konstruktion sozialer Wirklichkeit, die sich auf verschiedenen Ebenen vollzieht, ist mitentscheidend im politischen Prozess. Sowohl Arbeitslosigkeit als auch kindliche Entwicklung sind sozialpolitisch relevante Forschungsbereiche. Medikalisierungs- und Psychologisierungsliteratur legt nahe, dass soziale Prozesse zunehmend durch einen medizinischen sowie psychologischen Fokus determiniert werden, welcher sich auch durch Verwendung medizinischer oder psychologischer Sprache manifestiert.

Der vorliegende Forschungsbeitrag untersucht die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und die Süddeutsche Zeitung (SZ) als Vertreter der deutschen Qualitätspresse hinsichtlich eines Trends medikalisierender und psychologisierender Sprache von 1992 bis heute (Start SZ Archiv als vergleichbarer Zeitraum). In beiden Zeitungen werden sowohl die Anzahl der Artikel zu Arbeitslosigkeit als auch zu Kindheit in Verknüpfung mit Suchwörtern wie „medizin\*/medika\*“, „arzt\*/ärzt\*“, „gesund\*/krank\*“, „behand\*/therap\*“ und „psych\*“ erhoben (\* als Wortstammsuche). Die erhobenen Zahlen werden dabei jeweils an die jährliche Gesamtartikelzahl der Zeitung und an die Gesamtartikelzahl zu Arbeitslosigkeit bzw. Kindheit adjustiert um für generelle Trends innerhalb der Zeitungen zu kontrollieren und somit nur den bereinigten Medikalisierungsbzw. Psychologisierungstrend zu erhalten. Erste Ergebnisse zeigen einen steigenden Trend medikalisierender und psychologisierender Sprache in der SZ und FAZ für den Bereich Arbeitslosigkeit, bei einem gleichzeitig generellen Rückgang der insgesamten Artikel zu Arbeitslosigkeit. Im Bereich der kindlichen Entwicklung zeigt sich ein gemischtes Bild. Während in der SZ auch hier ein Anstieg gezeigt werden kann, ist die Verwendung medikalisierender und psychologisierender Sprache in

der FAZ nahezu konstant. Generell lässt sich im Bereich Arbeitslosigkeit ein Rückgang der Artikelzahlen in der SZ zeigen, nicht aber in der FAZ, in der es konstant bleibt. Im Bereich der Kindheit zeigt sich eine konstante Artikelzahl in der SZ und eine deutliche Steigerung in der FAZ.

Die Ergebnisse erste Anhaltspunkte für eine zunehmende Medikalisierung und Psychologisierung von Arbeitslosigkeit und Kindheit in der deutschen Qualitätspresse.

[Poster: Medikalisierung und Psychologisierung in der deutschen Qualitätspresse](#)

### **Housing regimes and residualization of the subsidized rental sector in Europe 2005-2016**

Stefan Angel

Wirtschaftsuniversität Wien

Residualization refers to the process whereby social housing moves towards or fulfils a position in which it provides only a safety net for the poor. We contribute to the literature on housing regimes in Europe and check if residualization patterns have become more similar across countries (convergence perspective) or if they still differ across housing regimes (divergence or heterogeneity perspective). The divergence perspective differentiates between a unitary/integrated rental regime where social housing is open to broad classes of the population (less residualization) and the dualistic regime only serving the least well off (more residualization). To quantify residualization, we analyse the income structure of tenants in the reduced-rents (below market prices) sector between 2005 and 2016. Using SILC data for 19 European countries, we calculate various measures of residualization based on income. Our analysis still reveals between-country heterogeneity along the dualist/integrated typology. However, although systematic country differences persist, a general increase of residualization for a majority of countries can be observed.

[Präsentation: Housing regimes and residualization of the subsidized rental sector](#)